

Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933 1928

14.3.1928 (No. 63)

Expedition:
Karlsruher
Zeitung Nr. 14
Karlsruhe
Nr. 953
und 954
Postkonton
Karlsruhe
Nr. 3515

Karlsruher Zeitung
Badischer Staatsanzeiger

Verantwortlich
für den
redaktionellen
Teil
und den
Staatsanzeiger:
Chefredakteur
E. A. M. u. v.
Karlsruhe

Bezugspreis: Monatlich 3.— M. einschl. Zustellgebühr. — Einzelnummer 10 Pfg. — Samstag 15 Pfg. — Anzeigengebühr 14 Pfg. für 1 mm Höhe und ein Siebentel Breite. Briefe und Gelder frei. Bei Wiederholungen tarifierter Rabatt, der als Kassensabatt gilt und verweigert werden kann, wenn nicht binnen vier Wochen nach Rechnungsstellung erfolgt. Amtliche Anzeigen sind direkt an die Geschäftsstelle der Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger, Karlsruherstraße 14, zu senden und werden in Vereinbarung mit dem Ministerium des Innern berechnet. Bei Klageerhebung, Zwangsweise Verbreitung, und Konturverfahren fällt der Fall die Zeitung verpätet, in beschränktem Umfange oder nicht erscheint. — Für telefonische Abbestellung von Anzeigen wird keine Gewähr übernommen. Unverlangte Drucksachen und Manuskripte werden nicht zurückgegeben und es wird keinerlei Verpflichtung zu irgendwelcher Vergütung übernommen. Abbestellung der Zeitung kann nur je bis 25. auf Monatsabschluss erfolgen. — Beilagen zur Karlsruher Zeitung, Badischer Staatsanzeiger: Zentralhandelsregister für Baden, Badischer Zentralanzeiger für Beamte, Wissenschaft und Bildung, Badische Kultur und Geschichte, Badische Postfachblätter, Amtliche Berichte über die Verhandlungen des Badischen Landtags

Amtlicher Teil

Entwurf eines Landesjustizkostengesetzes

Dem Landtag ist ein vom Staatsministerium genehmigter Entwurf eines Landesjustizkostengesetzes zugegangen. Der Entwurf regelt im wesentlichen die Kosten in Angelegenheiten der freiwilligen Gerichtsbarkeit sowie der Zwangsversteigerung und Zwangsverwaltung. Er bezweckt in erster Linie eine Vereinfachung des jetzigen Kostengesetzes vom Jahre 1908. Zu diesem Zweck sind die jetzigen drei Gebührenreihen zu einer Gebührenreihe zusammengefaßt. Auch die einzelnen sachlichen Bestimmungen sind zur Erleichterung des Kostenansatzes weitgehend vereinfacht. Zweifel, die sich bisher bei der Anwendung des jetzigen Gesetzes ergaben, wurden nach Möglichkeit klargestellt. Pauschsätze sollen in Zukunft nicht mehr erhoben werden, sie sind in den Gebührentariff hineingearbeitet. Der Entwurf schließt sich weitgehend der württembergischen Gerichtskostenordnung vom 20. Dezember 1926 an. Württemberg und Baden haben im wesentlichen dieselbe Grundbuch- und Notariatsverfassung. Es erscheint deshalb und bei der Lage beider Länder zweckmäßig, auch das Kostenwesen, soweit die Landesgesetzgebung zuständig ist, möglichst für beide Länder einheitlich zu gestalten.

Die internationale Tangerkonferenz

M. Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Wie aus Paris gemeldet wird, wird die internationale Tangerkonferenz, an der Frankreich und Spanien teilnehmen sollen, voraussichtlich am 20. März nach Paris einberufen werden.

Ausscheiden Kellstrups aus der Memeler Hafendirektion

WZB. Memel, 14. März. (Tel.) Das vom Völkerbund ernannte Mitglied der Memeler Hafendirektion, der Norweger Kellstrup, der am 21. März 1925 auf drei Jahre als Mitglied der Hafendirektion bestellt worden ist, scheidet aus seinem Posten aus und verläßt in den nächsten Tagen Memel. Ein Nachfolger ist noch nicht ernannt worden.

Die Währung Jugoslawiens u. Rumaniens

M. Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Wahgebende amerikanische Finanzkreise glauben — wie aus New York gemeldet wird —, daß die Bank von Frankreich weiter große Goldbestände abberufen wird, und zwar weniger für den französischen Bedarf als zur Errichtung eines rumänischen und südslawischen Goldstandards, wobei Dinar und Lei umgewandelt und dem Franken angeglichen werden sollen.

Die polnisch-litauischen Verhandlungen

WZB. Warschau, 14. März. (Tel.) Gestern Abend ist Außenminister Jaleski aus Genf hierher zurückgekehrt. Der Minister wird alsbald Marschall Wisludski über den Verlauf der Genfer Ratstagung Bericht erstatten. Wie einige der Regierung nahestehende Blätter erfahren, wird Polen die letzte litauische Note in den nächsten Tagen beantworten. Es gilt als sicher, daß die polnische Regierung den litauischen Vorschlag, die polnisch-litauischen Verhandlungen am 30. März in Königsberg zu beginnen, annehmen wird.

Angriffe gegen Hoover im Repräsentantenhaus

WZB. Washington, 14. März. (Tel.) Im Repräsentantenhaus verlangte heute der Republikaner Brand den Rücktritt des Handelssekretärs Hoover mit der Begründung, Hoover finanziere den Feldzug für seine Präsidentschaftskandidatur in erheblichem Maße aus Bundesgeldern. Als Beispiel führte er die Ernennung eines neuen Hilfssekretärs an, der nach seiner Behauptung jetzt in Ohio den Feldzug für Hoover leite.

Zwischenfälle in New York

WZB. New York, 14. März. (Tel.) Gestern Abend traf hier der Dampfer „Olympic“ mit 572 ungarischen Delegierten ein, die an der Enthüllung eines Denkmals für den ungarischen Nationalhelden Kossuth teilnehmen wollten. Trotz umfangreicher Sicherheitsmaßnahmen kam es zwischen Gorthy-Anhängern und ihren Gegnern zu Kämpfen. Mehrere Schüsse fielen, jedoch stellte die Polizei die Ordnung wieder her. Explodierendes Magnesiumlicht eines Photographen gab Anlaß zu dem Gerücht einer Bombenexplosion. Nach Mitteilung der Polizei entbehrt dieses Gerücht der Begründung.

Zur Präsidentschaftswahl in Nicaragua

WZB. Managua, 14. März. (Tel.) Das Repräsentantenhaus von Nicaragua lehnte gestern mit 22 gegen 16 Stimmen die Mc-Coy-Bill ab, die den Vorschlag enthält, die Vereinigten Staaten zu ermächtigen, die Präsidentschaftswahl im kommenden Oktober zu überwachen.

Kapitän Rohmann a. D. Im Marineberordnungsblatt ist folgende Personalveränderung enthalten: „Mit dem 31. März 1928 aus dem Marinendienst ausgeschieden: der Kapitän z. S. Rohmann (Waltzer), kommandiert zur Verfügung des Chefs der Marineleitung.“

Letzte Nachrichten

Die Phöbus-Affäre

M. Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) In politischen Kreisen erhält sich das Gerücht, daß die Stellung des Admirals Bentler im Zusammenhang mit der Phöbus-Affäre völlig erschüttert ist und daß ein Wechsel in der Marineleitung bevorsteht. Es verlautet ferner, daß die Affäre auch in andere Teile des Reichsmarineministeriums hinüberzieht.

Im Haushaltsausschuß des Reichstags fragte heute im Zusammenhang mit der Phöbusaffäre der deutschnationale Abg. Quast an, ob auch beim Reichsaussenministerium die einzelnen Fonds bisweilen überschritten würden. Ministerialdirektor Loholz erklärte, daß nur in Ausnahmefällen die etatsrechtliche Seite unbeachtet bleibe, weil die Reichsregierung der Auffassung sei, daß das aus ganz besonderen Gründen einmal notwendig werde.

Der zur weiteren Klärung der Phöbusaffäre vom Haushaltsausschuß des Reichstags eingesetzte Unterausschuß besteht aus je drei Deutschnationalen, Sozialdemokraten, aus je zwei Abgeordneten des Zentrums, der Deutschen Volkspartei und der Kommunisten und aus je einem Abgeordneten der Demokraten, der Bayerischen Volkspartei und der Wirtschaftspartei. Die Demokraten haben den Abgeordneten Richtofen als Mitglied des Unterausschusses bestimmt, die Sozialdemokraten die Abgeordneten Müller-Franke, Seinig und Dr. Gifferting, das Zentrum von Guérard und Erping.

Der Unterausschuß wird heute schon mit seinen Arbeiten beginnen und soll noch in dieser Woche fertig werden, damit er Anfang nächster Woche dem Hauptausschuß über die Ergebnisse seiner Tätigkeit berichten kann und damit sich noch in der nächsten Woche das Plenum des Reichstages mit dem Phöbusstandal zu beschäftigen in der Lage ist.

Nach der Rückkehr Stresemanns

M. Berlin, 14. März. (Priv.-Tel.) Der Reichspräsident empfing heute vormittag den aus Genf zurückgekehrten Reichsaussenminister Dr. Stresemann zur Berichterstattung. Morgen findet eine Kabinettsitzung statt, die zum erstenmal wieder vom Reichskanzler Dr. Marx geleitet wird, dessen Gesundheitszustand sich gebessert hat.

Die Reform der Ehecheidung

WZB. Berlin, 14. März. (Tel.) Der Rechtsausschuß des Reichstages setzte seine Beratungen über die Ehecheidungsreform fort.

Gegenüber einem Artikel, in welchem der Deutschen Volkspartei Eheholschismus vorgeworfen worden war, erklärte Abg. D. Dr. Rahl, daß er im Ausschuß nur für seine Person gesprochen und gestimmt habe. Dieser Erklärung schlossen sich die Abgeordneten Frau Dr. Lübers (Dem.) und Gampel (W. Ver.) an, gegen deren Fraktionen derselbe Vorwurf erhoben worden war.

Nach längerer Aussprache über den neuen § 1568a wurde dessen dritter Absatz abgelehnt, der jedem Gatten ein Recht zur Klage geben wollte, wenn die Ehegatten in beiderseitigem Einverständnis mindestens fünf Jahre getrennt gelebt haben.

Angenommen wurde dagegen Absatz 4, der das Scheidungsrecht von einer Einigung der Ehegatten über ihre gegenseitige Unterhaltspflicht und über die Sorge für die Person der Kinder abhängig macht. Kommt die Vereinbarung nicht zustande, so wird sie durch das Urteil ersetzt.

Abgelehnt wurde ein deutschnationaler Antrag, der das Klagerecht von der Erreichung einer bestimmten Altersgrenze abhängig machen wollte.

Bericht der Reichsbank für das Jahr 1927

WZB. Berlin, 14. März. (Tel.) Der Reingewinn der Reichsbank im Jahre 1927 beziffert sich auf 149 Millionen gegenüber 112 Millionen im Vorjahre. Das Anwachsen des Gewinnes erklärt sich in der Hauptsache aus der gesteigerten Kreditbeanspruchung bei der Reichsbank, die sich besonders im Wechselanlagengeschäft, aber auch im Lombardgeschäft auswirkt. Eine erhöhte Geschäftstätigkeit drückt sich auch in der Zunahme der erhobenen Gebühren aus. Im einzelnen trugen zum Nettogewinn die Erträge aus dem Wechsel- und Lombardgeschäft mit 184 Millionen (100,7) und die Gebühren mit 4,2 Mill. Reichsmark (3) bei. Die Ausgaben beliefen sich auf 128 Millionen (90), und zwar entfallen auf die Verwaltungskosten 75,1 Mill. (83,3) und auf Rückstellungen für den Debitorenfonds für Noteneindruck insgesamt 47,8 Millionen Reichsmark (6,8). Es ergibt sich ein Reingewinn von 26 Millionen Reichsmark (22,5). 5,2 Millionen Reichsmark (4,6) fließen in den gesetzlichen Reservefonds, dem Reich fallen 5,5 Millionen Reichsmark (4,2) zu, die zur Tilgung umlaufender Rentenanleihe zu dienen haben. Die Anteilseigner erhalten eine Dividende von 12 Proz. (10 Proz.) mit 15,3 Millionen Reichsmark. Der Rest von 0,6 Millionen Reichsmark (1,7) wird dem Spezialreservefonds für fünfjährige Dividendenzahlungen zugeführt. Die Gesamtumsätze haben im Jahre 1927 729 990 Millionen Reichsmark (626 924) betragen.

Der Reichsminister des Innern, v. Seudell, ist an Kopfrippe erkrankt. In dem Befinden des Ministers ist heute eine leichte Besserung eingetreten, doch gilt der Zustand nach wie vor als ernst.

Die Baulandumlegung in Baden

Von Vermessungsrat Fries

Die Besitzzerpflüchterung und die übermäßige Bodenzerstückelung des Landes Baden bereiten im Siedlungswesen von Stadt und Land nicht weniger Schwierigkeiten als in der Agrarpolitik. Überall, wo öffentliches und privates Recht ineinandergreifen, konnte die Gesetzgebung den Gemeinden nur langsam und schrittweise größere Bewegungsfreiheit geben. Die badischen Feldbereinigungs- und Ortsstrafengesetze lassen deutlich die verschiedenen Stadien der Entwicklung erkennen, die in der Mitte des vorigen Jahrhunderts eingeleitet hat. Nachdem die Gemeinden einmal festen gesetzlichen Boden in der Gestaltung ihrer Bebauungspläne gewonnen hatten, war es nur eine natürliche Folge, daß Grundstücksneueinteilungen und Grenzänderungen als unerlässliches Mittel zur Verwirklichung der Ortsstraßen- und Baulandpläne erkannt und gefordert wurden. Baden hat als eines der ersten Länder in Deutschland die Umlegungs-Gesetzgebung, und zwar ganz folgerichtig im Zusammenhang mit dem Ortsstrafengesetz selbst versucht. Wichtige Fortschritte sind seit dem Erlaß des ersten Gesetzes von 1896 im Gesetz vom 15. Oktober 1908 und in der Novelle vom 21. Juli 1927 erzielt worden, immer in der Richtung, daß das Grundeigentum gewissen Beschränkungen unterworfen werden muß, wenn und soweit das Gemeinwohl es dringend erfordert.

Das Wiederaufleben der Bautätigkeit in den letzten Jahren hat die Frage der Beschaffung von Bauland wieder zu einer brennenden werden lassen. Das Bedürfnis der Gemeinden namentlich nach rascher Erschließung baureifen Geländes für die verschiedensten Zwecke wird aber, von den größeren Städten abgesehen, nur in den wenigsten Fällen durch Grundstücksneueinteilung zu befriedigen gesucht. Wir haben also allen Anlaß, den Ursachen dieses offenkundig geringen Erfolges des Gesetzes in den Landgemeinden nachzuforschen. Der Abschnitt E des Ortsstrafengesetzes von 1908 verdankt seine Entstehung einer Anregung der Städte, das Gesetz ist offenbar allzusehr den Wünschen der Städte entsprechend behandelt worden und wird merkwürdigerweise heute noch als städtische Sonderanordnung betrachtet. Trotz aller Hinweise und Beschlüssen haben viele größere Industrie- und Landgemeinden von 4—6000 Einwohnern bis heute noch nicht einmal den Versuch einer Umlegung unternommen, obwohl ihnen das Gesetz die gleichen Vorteile und Wohlthaten wie den Städten gewährt. Auch Wünsche und Anregungen aus den Kreisen der Bauherren oder Grundeigentümer vermögen die Gemeindeverwaltungen nicht zur Anwendung des Gesetzes zu bewegen. Nicht einmal die Tatsache, daß in solchen Gemeinden die umständlichsten Verwaltungs-, Vermarktungs-, Vermessungsarbeiten geleistet, die Kosten für die vielen Kauf-, Tausch- und Hypothekengeschäfte, und vor allem für die Grunderwerbsteuer aufgebracht werden müssen, damit einige wenige meist aus mehreren kleinen Teilstücken zusammengesetzte Baulöcher gewonnen werden, während mit dem gleichen Zeit- und Kostenaufwand der Bedarf einer Gemeinde an Baulägen für mehrere Jahre durch die von Grunderwerbsteuer und Grundbuchgebühren völlig befreite Umlegung gewonnen werden könnte, vermag die Gemeindeverwaltungen zu überzeugen. Man schaut eben die Unbequemlichkeiten der schwierigen Verhandlungen mit den Grundeigentümern und stützt sich gerne auf die Einwendungen der letzteren, daß in Landgemeinden unmöglich von den Landwirten, die in der Regel nicht selbst Bauherren sind, der Verlust von einem Drittel ihrer Grundstücke für das Straßengelände getragen werden könne, weil die Wertsteigerung des Bodens nach dem Straßenaufbau nicht so erheblich sei, wie in den Städten, um den Verlust des Straßengeländes wettzumachen.

Als weitere Ursache des unterschiedlichen Erfolgs des Gesetzes in den Städten und Landgemeinden muß die Überlastung der staatlichen Vermessungsämter mit sonstigen Dienstaufgaben bezeichnet werden, die es diesen Ämtern unmöglich macht, sich der Umlegungssache so zu widmen, wie es gefordert werden müßte, während die Städte mit ihren eigenen Vermessungsämtern, die in der Umlegung eine Hauptaufgabe erblicken, naturgemäß leichter Erfolge erzielen können.

Wir sehen oft, daß die Landgemeinden vom wichtigen Recht, Umlegungen einzuleiten und zu beantragen, selbst da keinen Gebrauch machen, wo alle Voraussetzungen dazu vorhanden sind, wo insbesondere durch den Bau von Ortsstraßen die für das Bauen ungeeignetsten Mißformen (Reid- und Prellstreifen, Schikanierzwiebel) entstehen und die ungünstigsten Hausgrundrisformen aufzwingen, weil der Grundstücksnachbar nicht in einen Grenzausgleich einwilligt. In den letzteren Fällen kann doch nicht bloß von einem Recht, sondern viel-

mehr von einer Pflicht der Gemeinde zur Umlegung die Rede sein. Er betrachtet, erscheint es nicht gerechtfertigt, wenn über eine Umlegung, die ohne Zweifel im öffentlichen Interesse liegt, die Eigentümer noch besonders abstimmen sollen. Nur durch eine gründliche Änderung und Vereinfachung des Gesetzes können auch die Landgemeinden regelmäßig für die Umlegung gewonnen werden. Das Anhörungs- und Einspruchsverfahren soll den Grundeigentümern im weitesten Maße gewahrt bleiben, aber der entsehlidh umständliche Instanzenzug, vor allem aber die Gefahr, daß durch Zufälle einer Abstimmung alle mühevollen Vorarbeiten zunichte gemacht werden können, müssen unbedingt beseitigt werden. Schon bei der Feststellung der Ortsstraßenpläne müssen auch die künftigen Baugelände festgelegt werden, in denen entweder eine völlige Umlegung (Neueinteilung) oder eine Grenzberichtigung (Grenzausgleich) spätestens mit dem Bau der Straße stattfinden soll, sofern nicht bis dahin Änderungen im alten Besitzstand durch Zusammenkauf und dergl. Rechtsgeschäfte eingetreten sind, die das Verfahren entbehrlich machen. Beim vereinfachten Grenzausgleich, zu dem gerade die Landgemeinden in vielen Fällen ihre Zuflucht nehmen werden, können Klein- und Schmalstücke einstweilen recht wohl bestehen bleiben, sofern diesen Stücken eine Baubeschränkung auferlegt wird. Die Landgemeinden müssen ferner in die Lage versetzt werden, einen geringeren Hundertsatz als 88% als Höchstgrenze für den Abzug zum Straßengelände festsetzen zu dürfen, oder für ein bestimmtes Unternehmen den Hundertsatz unter den tatsächlichen Bedarf an Verkehrsflächen zu ermäßigen oder für mehrere Unternehmen in gleicher Höhe anzunehmen. Der größte Wert muß auf die möglichst gleichzeitige Bearbeitung des Ortsstraßen- und Umlegungsplanes gelegt werden. Auf dem Lande können die Verfertiger von Ortsstraßenplänen bei mangelndem persönlichen Verantwortungsgefühl zu städtebaulichen Liebhabereien oder gar zur Willkür verleitet werden, auch besteht die Gefahr, daß typische Stadtlösungen einfach auf ländliche Verhältnisse übertragen werden, wo sie nicht am Platze sind. Daher muß jeder neue Ortsstraßenplan vom zuständigen Vermessungsamt auch hinsichtlich seiner Auswirkung auf die Grundeigentumsverhältnisse geprüft und begutachtet werden.

Der Zeitpunkt für eine gesunde Fortentwicklung der Gesetzgebung ist also nahegerückt, die Vertretung der bad. Geometer will daher ihre eingehend begründeten Wünsche und Vorschläge für ein neues Gesetz demnächst der Regierung und dem Landtag unterbreiten.

Gescheiterte Lohnverhandlungen bei der Reichsbahn. Die Verhandlungen der Parteien der Reichsbahn sind dem „Deutschen“ zufolge gescheitert. Die Eisenbahnergewerkschaften haben dringende Verhandlungen mit dem Generaldirektor beantragt. Zur Vermeidung einer Gefährdung des Arbeitsfriedens hatte die Reichsbahngesellschaft den Reichsarbeitsminister um die Einleitung eines Schlichtungsverfahrens ersucht, weil die Reichsbahngesellschaft den sehr weitgehenden Forderungen der Gewerkschaften gegenüber eine ablehnende Stellung einnahm. Die Deutsche Reichsbahn hat jetzt ihren Antrag auf Einleitung eines Schlichtungsverfahrens wiederholt.

Der italienische Marinestab sieht im laufenden Budgetjahr den Bau zweier Kreuzer von 10 000 Tonnen, von vier Torpedobootjägern und vier Unterseebooten mittlerer Größe vor.

Badisches Landestheater

I. Gastspiel Eugen Klöpfers

Eugen Klöpfer spielt die Hauptrolle. Das allein macht die etwas gewaltsame Konstruktion in Dehmels Dreiatier „Die Menschenfreunde“ erträglich, wenn auch gegenüber des Lyriker's früheren theatralischen Versuchen (Luzifer 1899 und Michel Michael 1911) dies Drama, das alle öffentliche Wohlthaterei verächtlich und verdächtig macht, immerhin ein sehr respektvolles Bühnenwerk genannt werden muß. Es ist die Tragödie eines Multimillionärs, der an seinem von aller Welt gepriesenen Reichtum zugrunde geht; es ist auch ein Detektivstück, insofern über der Verklüftung des Geldes, das dieser gefeierte Wohlthäter der Menschheit mit vollen Händen austreut, ein geheimnisvolles Dunkel walzt. Nicht daß er es auf umehrliche und erprecherische Art zwar erworben hätte, doch bleibt der Verdacht während des ganzen Abends, er habe seine reiche Erbsante vergiftet, freilich nur um die zusammengerafften Millionen des hartzerigen alten Scheufals edlen Jweden der Wohlthätigkeit dienbar zu machen. Augenscheinlich ist das alles vom Dichter erdacht, um einen Charakter von sehr komplizierter Anlage und nicht minder dialektisch gewandter Zusammenfassung zu zeigen, einen Menschen also, der bei aller Freiheit des Handelns sich irgendwie gebunden fühlt und mit energischer Ellenbogenkraft sich jedweden Enthüllungen seiner Schuld bewusstheit entgegenstemmt. Für einen Künstler vom Range Klöpfers ist natürlich die Lösung solcher Problematik eine Aufgabe, wie sie ausgetüftelter und glaubhafter kaum sonst noch auf deutschen Bühnen zu sehen ist. Man hat ja auch hier den Berliner Gast schon oft bei anderen Gelegenheiten geschilbert und gerühmt. Dennoch dürfte er an psychologischen Feinheiten in dieser Einzelrolle nicht zu über treffen sein. Nur der enormen Sicherheit seiner Gestaltungs kraft verdankt der Abend seine Bedeutung. Aber das Stück könnte man eigentlich fast schweigen, über ihn jedoch mühte man stets von neuem reden. Denn es ist eine kalte und heiße Schauspielkunst, die er zu gleichen Teilen offenbart; sowohl die Suggestion giftigen Grauens wie das Gefühl sehnsüchtiger Liebe liegt über der Darstellung dieses von der Diktator des Rammons gepeinigten Menschen. Die übrigen Spieler fanden in dem nach gar zu schematischem Grundriß gebauten Stück keine besonderen Aufgaben. Bemerkenswert für Spannung und Straffung der Handlung blieb allein noch Werner Hebbath, der den realistischen Typ eines Polizeikommissars und blutsverwandten Detektivs so verkörpert hatte. Die Verwandlung aller andern Figuren — mit Ausnahme der alten Anne, die Annemarie Steinbeck mit rührender Reinheit markierte — in mehr oder minder ironische Epizodengestalt ist zweifellos ein sphenischer Verlust. Obwohl dementsprechend die weiteren Leistungen um einige Grade zu gemäßig blieben, konnte man doch konstataren, daß das ganze vom Regisseur Ludwig Zumbel geführte Ensemble gutes Niveau hält. Dies anerkannt auch der große Beifall des allerdings nur zu zwei Dritteln besetzten Hauses.

D. Sch.

Deutscher Reichstag

BRB. Berlin, 18. März.

Auf der Tagesordnung steht der Nachtragsetat für 1927, der u. a. die zur Deckung der aus der Rhöbysangelegenheit entstandenen Kosten bereitgestellten 7 Millionen enthält. Ohne Aussprache wird der Nachtragsetat dem Haushaltsaus schuß überwiesen.

Es folgt die Beratung des Teiles des Notprogramms, mit dem die fleischproduzierende Landwirtschaft unterstützt werden soll.

Zunächst will eine Novelle zum Zolltarifgesetz für die Schweineausfuhr Einfuhrschiene einführen, deren Wert betragen soll bei der Ausfuhr von lebenden Schweinen 16 M, bei Schweinefleisch 21 M und bei Schweinehäuten in Wärsen 27 M je Doppelzentner.

Ein dazu vorliegender sozialdemokratischer Antrag will die zollfreie Einfuhr von Futtermitteln zum Gegenwert der Einfuhrschiene machen.

Nach der zweiten Regierungsvorlage soll das zollfreie Gefrierfleischkontingent von 120 000 Tonnen auf 50 000 Tonnen herabgesetzt und der Regierung die Ermächtigung erteilt werden, das Kontingent weiter dem Stand der Fleischversorgung anzugleichen.

Abg. Frau Bunn (Soz.) wendet sich gegen die Regierungsvorlagen. Tatsächlich sei heute der Fleischverbrauch noch um 7 Proz. geringer als in der Vorkriegszeit. Die Regierung schädige mit ihren Maßnahmen die Konsumenten, ohne den Produzenten damit wirklich zu helfen.

Reichsernährungsminister Schiele erwidert: Bei der Verteilung des Kontingents sollen möglichst nur die Gebiete berücksichtigt werden, in denen sich schon bisher Bedarf gezeigt hat. Diese Beschränkung wird es ermöglichen, daß die zugelassenen Verkaufsstellen in den mit Gefrierfleisch auch weiterhin zu versorgenden Gebieten nach wie vor die notwendigen Mengen erhalten können. Wenn man die veränderten Verhältnisse zugrunde lege, sei der heutige Rinderpreis 20 M niedriger als der von 1913. Bei Fortdauer des jetzigen Zustandes würden die kleinsten Betriebe, zu denen auch die Landarbeiter gehörten, monatlich 80 Millionen Reichsmark zusetzen. Die Eigenversorgung mit Fleisch sei in Deutschland im wesentlichen erreicht. Es sei Pflicht gegenüber allen diesen mitleidigen Umständen, den bei der Viehhaltung erzielten gewaltigen volkswirtschaftlichen Fortschritt festzuhalten. Aus der Schlachtviehproduktion ergebe sich heute in Deutschland ein Wert von 5 1/2 Milliarden Reichsmark, allein aus der Schweinehaltung ein solcher von 3 1/2 Milliarden Reichsmark.

Abg. Meyer-Berlin (Dem.) nennt Zollserhöhungen und Einfuhrverbote untaugliche Mittel zur Förderung der Landwirtschaft. Besser werde der Landwirtschaft geholfen durch Aufhebung der Futtermittelzölle und Siedlung. Den Einfuhrschiene für Schweinefleisch stimmt der Redner zu.

Die Vorlagen werden dem Handelspolitischen Ausschuß überwiesen.

Es folgt die erste Beratung des von den Abgeordneten Dr. Kahl (DVP.) und Genossen eingebrachten Gesetzes zur Fortführung der Strafrechtsreform.

Das Überleitungs Gesetz besagt, daß die jetzt im Rechtsausschuß behandelte Vorlage auch den kommenden neuen Reichstag beschließen soll, ohne daß es ihrer erneuten Einbringung bedarf und daß die Entwürfe als neue Vorlagen gelten.

Abg. Dr. Kahl (DVP.): Der Reichstag und die Reichsregierung hätten in den letzten Monaten des vergangenen Jahres fast einmütig die möglichst baldige Verabschiedung der Strafrechtsreform gewünscht. In 62 Sitzungen habe der Ausschuß den allgemeinen Teil der Reform erledigt. Mit dem österreichischen Parlament sei erfolgreiche Zusammenarbeit geleistet worden. Um diese Arbeit nicht beim Reichstags schluß nutzlos werden zu lassen, sei das Überleitungs Gesetz notwendig. Dem kommenden Reichstag werde dadurch in keiner Weise vorgegriffen. Er könne den Entwurf in der seiner Mehrheitverhältnisse angepaßten Weise jederzeit ändern.

Abg. Landsberg (Soz.) erklärt, seine Fraktion werde dem Überleitungs Gesetz zustimmen. Das sei keineswegs gleichbedeutend mit einer Zustimmung zu dem Strafrechtentwurf, in der ihm von der Ausschlußmehrheit gegebenen Fassung.

Das Überleitungs Gesetz wird in erster und zweiter Lesung gegen die Kommunisten angenommen. Der sofortigen Übernahme der dritten Lesung wird von den Kommunisten widersprochen.

Die Novelle zum Gesetz über das Verfahren in Versorgungssachen, das hierauf zur zweiten Beratung kommt, will Kriegsbeschädigten in der Regel Gebührensicherheit einräumen und bringt eine weitere Einschränkung der Zulässigkeit des Rekurses.

Die Novelle wird gegen die Stimmen der Kommunisten in zweiter und dritter Beratung angenommen, ebenso die Ausschlußentscheidungen.

Zur Beratung steht dann der Bericht des Wohnungsausschusses zu der Denkschrift über die Wohnungsnot und ihre Bekämpfung.

Der Ausschuß fordert in seinen Beschlüssen einen Wohnungsbauplan bis Ende 1935 und eine jährliche Erstellung von mehr als 200 000 Wohnungen. Der 1927 gebildete Fehlbetrag soll durch Auslandsanleihen bis 350 000 000 gedeckt werden. Die Zins- und Amortisationsraten aus Hauszinssteuer, Hypotheken und Darlehen sollen ausschließlich für den Kleinwohnungsbaunutzung werden.

Abg. Härtmann (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion fordert erneut die volle Verwendung der Hauszinssteuererträge für den Kleinwohnungsbaunutzung. Sehr große Bedenken hat die Fraktion gegen die Überlassung von Hauszinssteuererträgen an Industrie und private Bauunternehmungen. Auf diese Mittel haben in erster Linie die sozialen Bauvereinigungen ein Anrecht. Trotz dieser Bedenken stimmt die Fraktion den Ausschlußbeschlüssen zu, weil sie doch einen Fortschritt gegenüber dem bisherigen Zustand erkennen lassen.

Die Beschlüsse des Wohnungsausschusses werden ohne weitere Debatte mit großer Mehrheit angenommen.

Es folgen nun die am letzten Freitag zurückgestellten Abstimmungen zum Haushalt des Reichsverkehrsministeriums.

Der kommunistische Antrag auf Streichung des Ministergehaltes wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Der Haushalt wird nach den Ausschlußvorschlägen angenommen, ebenso verschiedene Entschlüsse, in denen u. a. größere Berücksichtigung des ortsanfässigen Handwerks bei Auftragsvergaben und eine Kontrolle darüber gefordert wird, daß die Kraftverkehrsvereinigungen, an denen das Reich beteiligt ist, nicht dem privaten Transportgewerbe Konkurrenz machen.

Der Antrag der Deutschen Volkspartei und der Demokraten auf Bewilligung von 2 Millionen zur Vollenbung des neuen Zepelinluftschiffes wird gegen die Antragsteller abgelehnt.

Abgelehnt wird auch der Zentrunsantrag, der für den Mittelhandkanal statt 20 nur 10 Millionen einstellen wollte. Um 18 1/2 Uhr wird Vertagung beschloffen.

Nächste Sitzung Mittwoch 14 Uhr. Reichswehrretat.

Politische Neuigkeiten

Der Ergänzungsetat für 1928

Dem Reichsrat ist jetzt der Entwurf einer Ergänzung zum Reichshaushaltsplan für 1928 zugegangen. Der Entwurf enthält in erster Linie das Notprogramm der Reichsregierung und außerdem die Auswirkungen der Befolungsordnung auf den Stellenplan.

Für die Landwirtschaft sind im ganzen 64 Millionen vorgesehen, und zwar zur Behebung der außerordentlichen Notstände 30 Millionen, zur Nationalisierung des landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens 25 Millionen, zur Organisation des Absatzes von Schlachtvieh und Fleisch 8 Millionen und zur Förderung der Geflügelzucht 1 Million.

Das Sozialprogramm erfordert eine Gesamtsumme von 108 Millionen. Davon entfallen auf die Invalidentrenten 75 Millionen, auf die Kleinrenten 25 Millionen und auf die Wertpapierschäden 8 Millionen. Für das Liquidationschadens schutzgesetz sind 7,5 Millionen eingelegt.

Die durch die Maßnahmen erforderliche Gesamtaufwendung beträgt 174,5 Millionen. Dazu kommt die im Vorkriegsgezet 1928 vorgezeichnete Beteiligung des Reiches an einer Kapitalerhöhung der deutschen Bau- und Bodenbank in Höhe von 10 Millionen.

Die Deckung dieser Ausgaben soll erfolgen durch Mehreinnahmen bei den Zöllen (150 Millionen) und bei der Tabaksteuer (20 Millionen) und durch eine Reihe von Einsparungen. Eine Vermehrung des Personals ist nicht vorgesehen.

Die Deutschenverhaftungen in Südrussland

Wie das „D. Z.“ hört, wird der Auswärtige Ausschuß des Reichstages in absehbarer Zeit einen Bericht des Reichsaussenministers über Genf und über andere aktuelle Probleme der auswärtigen Politik entgegennehmen, wahrscheinlich schon am Anfang der nächsten Woche. Bei dieser Gelegenheit dürfte, so schreibt das Blatt, sofern die Verhaftung der sechs deutschen Ingenieure im Donezgebiet vorher keine vollständige Klärung erfährt, von einer Reihe von Parteien sehr nachdrücklich darauf hingewiesen werden, daß durch eine sprunghafte Politik Russlands unsere wirtschaftlichen und politischen Beziehungen zum Sowjetstaat erheblich in Mitleidenschaft gezogen werden.

Erhöhung der Leistungen der Invalidentversicherung. Der Sozialpolitische Ausschuß des Reichstages überwies einen Entwurf der Reichsregierung an einen Unterausschuß, der in der Invalidentversicherung den Steigerungsbetrag für die vor der Inflation zurückgelegten Beitragszeiten im Reichsdurchschnitt um 40 Proz. erhöhen will. Die dadurch entstehende jährliche Mehrausgabe von ungefähr 100 Millionen Reichsmark will das Reich aus eigenen Mitteln tragen und von einer Beitragserhöhung deshalb absehen, weil sonst, wie Ministerialdirektor Grießer vom Reichsarbeitsministerium hervorhob, die Lohnerhöhungen der letzten Zeit illusorisch würden. Die Invalidentrenten würden in den Städten um monatlich 6—8 M erhöht werden. — Auch für die Angestelltenversicherung ist ein analoges Vorgehen geplant.

Zur Beamtenbesoldung in Ossen wird der „Frankf. Ztg.“ gemeldet, daß einmütig nur ein Referententwurf vorliegt. Er lehnt sich in der Hauptsache an das bisherige Gesetz an. Er bleibt in den oberen Beamtengruppen hinter den Sätzen des Reiches zurück. Das preußische Zulagegesetz hat keine Berücksichtigung gefunden. Man hofft, daß im Laufe dieser Woche die Regierungsvorlage erscheinen kann. Der Finanzausschuß wird sich dann sofort mit der Vorlage beschäftigen, damit das Plenum des Landtages bald einberufen werden kann.

Einministerregierung in Mecklenburg-Strelitz. Im Mecklenburg-Strelitz-Landtag wurde am Dienstag durch Abstimmung festgestellt, daß die Ernennung eines zweiten Ministers zurzeit unmöglich erscheint, ein Minister allein die Regierung zu führen habe. Für diesen Antrag stimmten die Demokraten, die Fraktion der Mitte, Deutsche Volkspartei, Aufwertungs- und Bauernpartei, aus der der völkische Abgeordnete vorher ausgetreten war, die Sozialdemokraten und die Kommunisten mit zusammen 21 Stimmen. Gegen den Antrag stimmten die Deutschnationalen und der völkische Abgeordnete mit zusammen 10 Stimmen. Auf Grund des Ergebnisses dieser Abstimmung ernannte Präsident Dr. Hoff den bisherigen Geschäftsmann, Dr. Frhrn. Meißner, zum ordentlichen Staatsminister.

Ein italienisches Dekret über Namensgebung. Das römische Amtsblatt veröffentlichte gestern ein Dekret, durch das verboten wird, Vornamen zu erteilen, die das nationale oder das religiöse Gefühl verletzen können. Bei der Nennung von Familiennamen an uneheliche Kinder muß außerdem noch bemerkt werden, daß irgendein Name einer berühmten Persönlichkeit gewählt wird, oder daß ein Name ausgesucht wird, der irgendeine Andeutung auf die Herkunft des Kindes enthalten kann. Bei Zuwiderhandlungen gegen dieses Verbot ist der Standesbeamte bestraft, andere Vornamen oder Familiennamen auszusprechen.

Schulstreik in Berlin. Den Bestrebungen des Berliner Bezirksamtes Kreuzauer Berg, innerhalb seines Verwaltungsbezirktes die weltliche Schule durchzubriden, und als erste die Doppelschule in der Sonnenburgerstraße in eine weltliche umzuwandeln, ist jetzt die Elternschaft entgegengetreten. Seit Montag morgen hat die Elternschaft die Kinder vom Besuch der Schule zurückgehalten, so daß die meisten Schüler und Schülerinnen dem Unterricht fernbleiben.

Kurze Nachrichten

Die Arbeitszeit im Ruhrbergbau. Die Verhandlungen zwischen dem Zechenverband und den Bergarbeiterverbänden über das Mehrarbeitsabkommen wurden auf den 20. März vertagt. Die Arbeitgebervertreter vertreten den Standpunkt, daß eine Verkürzung der Arbeitszeit wirtschaftlich nicht tragbar sei. Die Arbeitnehmerverbände haben sich diesem Standpunkte nicht angeschlossen. Zu den neuen Verhandlungen soll der Schlichter hinzugezogen werden.

Auslandsanleihe der Stadt München. Die Stadt München hat bei der Beratungsstelle den Antrag auf Genehmigung einer Auslandsanleihe von 15 Millionen Dollar eingebracht. Der Erlös soll dem weiteren Ausbau der städtischen Elektrizitäts- und Gaswerke dienen.

Deutschlands Handel mit Frankreich. Die französische Zollverwaltung veröffentlichte die Einzelstatistik des französischen Außenhandels im Januar 1928 mit den verschiedenen Ländern. Deutschland steht dabei sowohl in der Einfuhr wie in der Ausfuhr an dritter Stelle. Der deutsche Import nach Frankreich betrug 323 (382) Millionen, während der französische Export 495 (395) Millionen Franken betrug. Die Bilanz hat sich also sehr ungunstigen Deutschlands verschlechtert.

Eisenbahnkonferenz in Leningrad. In Leningrad wurde die Eisenbahnkonferenz, an der Vertreter aus Deutschland, Polen und Sowjetrußland teilnahmen, eröffnet. Den Vorsitz führt der Führer der deutschen Abordnung, Herrsrud.

Die „Emden“ heimgekehrt. Der Schulkreuzer „Emden“ ist am Dienstag von seiner 16monatigen Weltreise in Wilhelmshaven eingetroffen.

Mahnahmen gegen die Landbundungebungen? Wie das „N. L.“ erzählt, haben die letzten Ungebungen des Landbundes in Norddeutschland, bei welchen die Führer ihre Anhänger nicht mehr in der Hand hatten, zu Erwägungen innerhalb der preussischen Regierung geführt, mit welchen Mitteln die Propaganda des Landbundes auf ein Maß zurückgeführt werden kann, das die Aufrechterhaltung der inneren Ruhe und Ordnung verbürgt.

Prozess Becker verlag. Der für den 13. d. M. anberaumte Hauptverhandlungstermin in dem Hochverratsprozess gegen den kommunistischen Dichter Johannes K. Becker ist nach Blättermeldungen aus Leipzig vorläufig auf unbestimmte Zeit verschoben worden, weil einer der Sachverständigen, Prof. Dr. Seelert von der Heilstraße Berlin-Buch, plötzlich erkrankt ist.

Beilegung des Streiks am Saargebiet. Nachdem der Streik der auf einigen Saargruben ausgebrochen war, weil die Grubenverwaltung verfügt hatte, daß die Arbeiter in geschlossenem Zuge zu den Fördermaschinen marschieren sollten, noch eine Ausdehnung erfahren hatte, hat die Grubenverwaltung verfügt, daß jene Anordnung wieder aufgehoben werde, worauf die Organisationen die Wiederaufnahme der Arbeit beschlossen haben.

Englische Neuwahlen im Mai 1929. Auf Grund des neuen Wahlrechtsgesetzes für Frauen werden am 1. Mai nächsten Jahres neue Wahllisten in Kraft gesetzt werden. In politischen Kreisen wird angenommen, daß die allgemeinen Wahlen im Mai 1929 unmittelbar nach der Annahme des Bundesgesetzes stattfinden werden.

Eingang Amanullahs in London. Dienstag nachmittag sind der König und die Königin von Afghanistan mit ihrem Gefolge in London eingetroffen. Zum Empfang hatten sich u. a. der König und die Königin von England, Premierminister Baldwin und die übrigen Minister eingefunden.

Ehrenrotz nimmt seine Wahl an. Der Bürgermeister von Gellingsfors, Ehrenrotz, hat dem Generalsekretär des Völkerbundes mitgeteilt, daß er seine vom Völkerbundstrat ausgesprochene Wahl zum Mitglied der Regierungskommission des Saargebietes annimmt.

Geburten- und Todesfälle in Frankreich. Nach einer Statistik des französischen Arbeitsministeriums betrug die Zahl der Lebendgeborenen 1927 741 708 gegenüber 766 226 im Jahre 1926. Die Zahl der Sterbefälle belief sich 1927 auf 676 666 gegenüber 712 858 im Jahre 1926. Für 1927 ist somit ein Geburtenüberschuss von 65 042 zu verzeichnen gegenüber 53 368 im Jahre 1926.

Verschiedenes

Dammbruchkatastrophe in Kalifornien

Der Damm eines Reservoirs in dem San Francisco Canon, etwa 45 englische Meilen nördlich von Los Angeles, wurde zerstört. Durch die ausströmenden Fluten kamen mehrere Hunderte von Menschen ums Leben. Es wird angenommen, daß das in der Kalifornie angebaute Wasser den Bergabhang, auf dem sich der Westflügel des Stauesammes stützte, durch Eiderung untergriff, so daß ein Teil des Berges zusammenstürzte.

Der Bruch des Stauesammes erfolgte um 1 Uhr nachts. Der Damm gehörte zu dem Wasserleitungssystem, das das Trinkwasser über 300 Kilometer durch die Wüste nach Los Angeles leitet. Durch den Dammbruch wurden etwa 1 844 000 Gallonen Wasser frei. Der San Francisco Canon bildet an der Durchbruchstelle ein enges Tal mit steilen Uferwänden. Er verläuft in südwestlicher Richtung nach Los Angeles. Mehrere Kilometer unterhalb des Stauesammes, das etwa 8 Kilometer lang war, breitet sich ein wellenförmiger Landstrich mit zahlreichen Farmen und Wohnstätten aus. Saugas, New Hall, El Rio und andere Talorte liegen südlich des Stauesammes; etwa 500 Menschen wohnen im oberen Canon unterhalb des Stauesammes. Eine auf 75 Fuß Höhe geschätzte Wassermauer ergoß sich in der Richtung auf die schlafenden Ortschaften und richtete ein furchtbares Chaos an.

W.D. New Hall (bei Los Angeles), 14. März. (Tel.) Bis Mitternacht sind fast 300 Tote festgestellt worden. Die Zahl der Vermissten übersteigt 700. Man glaubt, daß die Zahl der Toten sich noch erhöhen wird. Die Höhe des Sachschadens wird zwischen 10 und 30 Millionen Dollars geschätzt. Das zerstörte Tal erinnert an Massenfriedhöfe der Kriegszeit. Hier befanden sich vorher in dem landwirtschaftlich reizvollen Canon Pflanzungen von Zitronenbäumen. Die Postmeisterin der in der Nähe gelegenen Stadt Saugus erklärte, die Pfianzer, die an dem San-Francisco-Damm lebten, hätten schon im letzten halben Monat von nichts anderem mehr gesprochen als von den Rissen in dem Damm und von der Möglichkeit eines Dammbruchs. Zahlreiche Autofahrer bestaunten auf Grund ihrer in den letzten Tagen gemachten Beobachtungen, daß Beschädigungen in dem Damm vorhanden gewesen waren.

Das Eigenartige bei der Katastrophe ist, daß sie fast nur Tote gegenüber wenigen Leichtverletzten gefordert hat. Die Liste der festgestellten Toten weist mehrere deutsche Namen auf. Die Zeitungen berichten von zahlreichen Helmbentaten und merkwürdigen Rettungen. Ein Aufseher der Edison-Company kam in den Fluten um, nachdem er 47 Menschenleben gerettet hatte. Die Gewalt der Fluten riß noch über 20 Meilen von der Bruchstelle entfernt 10 Brücken weg. Von der Stadt Santa Paula wurde nur der Südturm zerstört. Etwa 100 Häuser wurden weggerissen. Die Menschenverluste sind hier gering, da die Bevölkerung Zeit zur Flucht gehabt hatte. Die Ursache der Katastrophe scheint doch darin zu liegen, daß Erdstöße in der letzten Zeit die Dammmauern beschädigt haben.

Ausbruch einer Elefantenherde

Im Babelsberger Waldchen bei Potsdam ist auf dem Wege zum Filmatelier eine Elefantenherde ausgebrochen. Die Spaziergänger wurden in nicht geringen Schrecken versetzt. Mit vieler Mühe konnten die Tiere, die im Walde eine ziemlich Verheerung anrichteten, wieder eingefangen werden.

Ein Ozeanflug

Der englische Flieger Gindelfiff hat einen Ozeanflug von England nach Amerika unternommen. Er hat die irische Küste mit der Richtung nach Westen überflogen. Er hat einen Passagier mit, Mrs. Madan, die Tochter des bekannten Reders Lord Inchcape. Gindelfiff fliegt einen Stinson-Nieseneindecker, der den Namen „Endavour“ trägt.

Wetternachrichtendienst der Badischen Landeswetterwarte Karlsruhe. Heute früh liegt unser Gebiet unter einer geschlossenen Wolkendecke, und es fallen stellenweise leichte Niederschläge. Der hohe Druck hat sich südwärts bis Norddeutschland weiter ausbreitet. Nach Abzug der heute vor den Alpen liegenden Störung wird sich daher meist wolllige Wetter ohne nennenswerte Niederschläge einstellen. Voraussage für 15. März: Wollig und meist wieder trocken, Temperaturen wenig verändert, nordöstliche Aufzugsföh.

Badischer Teil

Badischer Landtag

Der Haushaltsausschuss

fährte am Dienstag die Beratung des Justizetat zu Ende. Zur Sprache kam zunächst die Kostenverteilung der Fürsorgeerziehung. Der Staat trägt zur Zeit ein Drittel. Die Gemeinden wünschen, den Aufwand hälftig zu teilen. Ein Beschluß wurde nicht gefaßt. Die staatlichen Ausgaben für die Fürsorgeerziehung betragen jährlich rund 1,1 Mill. M. An Einnahmen sind etwa 480 000 M. verzeichnet.

Der Aufwand für die Strafanstalten beziffert sich im ordentlichen Etat bei Abzug der Einnahmen auf rund 2 Mill. Reichsmark jährlich, wobei ein Gesamtgefängnisstand von 8000 zugrunde gelegt ist. Der Gesamtaufwand hat sich gegen die Vorkriegszeit nahezu verdoppelt, obgleich in den letzten Jahren 21 Bezirksgefängnisse aufgehoben wurden. Der Staat muß pro Gefangenen und pro Tag 2,46 M. zuschießen. Aus der Mitte des Ausschusses wurde betont, daß dem Handwerk durch die Gefängnisarbeit keine Konkurrenz erwachsen dürfe. Der Justizminister stellte eine Denkschrift über diese Frage in Aussicht. Man dürfe nicht außer acht lassen, daß die ausreichende Beschäftigung der Strafgefangenen aus verschiedenen Gründen außerordentlich wichtig sei.

Die Postionen wurden unverändert genehmigt. Damit war der Justizetat erledigt.

Es folgte die Beratung des Voranschlags des Innenministeriums, worüber der Abg. Dr. Führ (Str.) berichtete. Im ordentlichen Etat ergibt sich eine jährliche Gesamtausgabe von 61 045 100 M. gegen früher 47 781 050 M. Die Einnahmen betragen 37 238 300 M. gegen bisher jährlich 24 125 900 M. Somit ist ein jährlicher Zuschuß von etwa 24 Millionen Reichsmark erforderlich. Von sozialdemokratischer Seite wurde eine größere Beschleunigung der verwaltungsgerichtlichen Prozesse gefordert und von der Regierung erklärt, daß sie darauf hinwirken wolle.

Ein Mitglied der Bürgerl. Vereinigung trat für eine Reorganisation des Verwaltungsgerichtshofes ein, eine Frage, die auch von volksparteilicher Seite aufgenommen wurde. Die Bürgerl. Vereinigung stimmte gegen die Anforderung, während sich die Deutsche Volkspartei der Stimme enthielt.

Bei der Bezirksverwaltung erörterte man das Verhältnis des Staates zu den Organen der Selbstverwaltung. Es wurde bemängelt, daß man in die Geschäfte der Städte und Landgemeinden staatlicherseits zu viel hineinreibe.

Der Minister erklärte, daß die Staatsverwaltung möglichst wenig hineinreibe wolle. Wenn sie sich in gemeindliche Angelegenheiten einmische, so geschehe es nur auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen.

In der Einzelberatung wurden verschiedene Abstriche vorgenommen.

Denkschrift über das Gefängniswesen

Die vom Badischen Staatsministerium dem Landtag unterbreitete Denkschrift über das Gefängniswesen ist soeben im Druck erschienen. In der Denkschrift werden alle jene Änderungen behandelt, die auf organisatorischem und technischem Gebiet in der Nachkriegszeit im Gefängniswesen durchgeführt wurden und die tiefgreifende Änderungen in den Strafvollzugsvorschriften wie auch in der Organisation und im Ausbau der Strafanstalten nach sich zogen.

Die Denkschrift behandelt zunächst die Strafvollzugsverfahren und hebt dabei hervor, daß die neue Regelung auf den drei Grundgedanken: Dem Rechtsgedanken, dem Erziehungsgedanken und dem Fürsorgegedanken ruht. Es folgt der Abschnitt über die Strafanstalten (Zentralstrafanstalten, 62 Amtsgefängnisse und vier Kreisgefängnisse), wobei die baulichen Verbesserungen in diesen Strafanstalten dargelegt werden. Hierzu gehört u. a. die Einrichtung der elektrischen Beleuchtung und die Einführung elektrischer Kraft für die Anstaltsbetriebe, die Verbesserung der Badeanlagen und die Einrichtung neuer maschineller Anlagen. Eine Reihe weiterer dringlicher Arbeiten waren vorgemerkt, können aber mit Rücksicht auf die gegenwärtige Finanzlage augenblicklich nicht ausgeführt werden. Hierzu gehören die Erstellung von Sammelbetriebsanlagen in einer größeren Anzahl von Bezirksgefängnissen, die Verbesserung hygienischer Anlagen, der innere Umbau der Kirchen im Männerzuchthaus Bruchsal und im Landesgefängnis Freiburg, die Errichtung eines Saalbaues im Männerzuchthaus Bruchsal für Unterrichts-, Vortrags- und Turnzwecke, die Schaffung von Gemeinschaftskäfen bei dem Landesgefängnis Mannheim und bei dem Bezirksgefängnis in Karlsruhe. Die Erweiterung der Bezirksgefängnisse in Radolfzell und Vörsach sowie der Ausbau des Bezirksgefängnisses II in Freiburg werden als in absehbarer Zeit erforderlich bezeichnet.

Die Denkschrift geht dann auf die Beamtenfrage der Strafanstalten ein und erörtert in einem umfangreichen Kapitel die Behandlung, die Arbeit, die geistige und feilsche Hebung der Gefangenen.

Im Schlußkapitel werden Mitteilungen über die Aufwendungen für das Gefängniswesen gemacht, wobei festgestellt wird, daß die Gesamtausgaben seit dem Jahre 1913 um rund ein Drittel gestiegen sind. Die Ursache ist zunächst die, daß die Beamten höher besoldet werden und auch eine Personalvermehrung eingetreten ist, und die Verkürzung der täglichen Dienstzeit des Aufsichtspersonals, eine Verlängerung der Erholungsurlaube und eine Vermehrung der Freizeiten eingetreten ist. Der Mehraufwand hat ferner seine Ursache in den allgemeinen Preissteigerungen.

Eröffnung der Murgtalbahn

Zu den Nachrichten über die Eröffnung der Murgtalbahn, die in der letzten Zeit in der Presse erschienen sind, teilt die Reichsbahndirektion mit:

Zur Zeit kann noch nicht bestimmt werden, wann die Eröffnung möglich sein wird. Die Presseangaben, in denen zuerst vom 1. Juli, neuerdings vom 1. oder 15. August 1928 die Rede war, sind nicht ganz zutreffend. Nach dem Stande der Bauarbeiten ist zu hoffen, daß die Bahn Anfang Juli oder August in Betrieb genommen werden kann. Sobald der Termin für die Eröffnung der Bahn festgesetzt werden kann, werden die Reichsbahndirektionen Stuttgart und Karlsruhe sich wegen des Programms für die Eröffnungsfeierlichkeiten mit den beteiligten Gemeinden in Württemberg und Baden ins Benehmen setzen.

Das Großkraftwerk Mannheim erweitert und verbessert seine bestehenden Anlagen zur Erzeugung von elektrischer Energie, das Kraftwerk auf der Rheinau, durch Übergang auf den Betrieb mit Dampfturbinen von 100 Atmosphären Spannung. Die erste Kraftanlage mit derartig hohem Druck wurde im Jahre 1925 in Belgien geschaffen. Bisher wurde mit einem Dampfdruck von 11 bis 13 Atmosphären gearbeitet.

Vorarbeiten für die Rheinbrücken

Wie uns aus Ludwigshafen gemeldet wird, sind die Vorarbeiten zu den drei Rheinbrücken Ludwigshafen, Speyer und Wazau bereits vergeben worden und sollen in den nächsten Tagen durchgeführt werden. Es handelt sich dabei um Probebohrungen zur Feststellung des Untergrundes. Die Bohrungen werden im Rhein und seinen Ufern vorgenommen. Die Arbeiten selbst sind sehr kompliziert, besonders die, die im Flußbett des Rheins vorgenommen werden müssen. Auf Pontons werden besonders konstruierte Arbeitsbühnen erstellt, an denen die Bohrgerüste befestigt werden. Die Bohrarbeiten, die an die Technik große Anforderungen stellen, sollen in vier Wochen bereits beendet sein.

Die Arbeiten wurden wie folgt vergeben: für Ludwigshafen an die Firma Grün & Hilfinger, Mannheim; für Speyer an die Firma Johann Brechtel, Ludwigshafen und für Magiliansau an die Siemens-Bau-Union.

Große Fortschritte am Neckar Kanal

Die Arbeiten am Neckar Kanal sind in Heidelberg in letzter Zeit sehr fortgeschritten. Jetzt wurde mit dem Einbau der oberen Schleusentore begonnen. Der Neckar wird in der nächsten Woche zur Hälfte abgeriegelt. Die Arbeiten sollen so beschleunigt werden, daß die gesamte Schleusenanlage am 15. Juli fertiggestellt ist.

Die Schleusenanlage selbst wird nach den modernsten Gesichtspunkten gebaut. Der Bau des Stauwerks quer durch den Fluß steht unmittelbar bevor. Die in der Baugrube bei der Weiche jetzt freierwerdenden Spundwandteilen, mit deren Herausziehen bereits begonnen ist, werden nächste Woche für den Bau einer neuen Spundwand quer in den Fluß hinein verwendet. Bis zur Mittelzeile beim Hadenfuss vorstehend, wird hier wieder ein vierreihiges Bauwerk in den Strom vorgetrieben und der Bau des ersten Drittels der Wehr ausgeführt. Ist dann im Sommer, wie vorgeesehen, die Schleusenanlage für die Benutzung durch die Schifffahrt fertiggestellt, so wird ein weiterer Bauabschnitt der Wehranlage in den Fluß vorgetrieben und die bisherige mittlere Fahrtrinne gesperrt. Der Schiffsverkehr geht dann bereits durch die Schleuse, der Wasserdurchlauf des Neckars geht nur noch durch die seitliche Rinne an der Fiegelhäuser Landstraße. Die Arbeiten müssen in diesem Jahre noch soweit gefördert werden, daß bis zum Eintritt der Hochwasser- und Eisperiode das gesamte Bauwerk soweit fertiggestellt ist, daß die Spundwände wieder herausgezogen werden können. Die Bauperiode wird also mit noch gesteigerter Arbeitsleistung durchgeführt werden müssen.

Am während der Bauperiode des Schiffsverkehrs ungehindert durchführen zu können, wird jetzt auf der Zeile beim oberen Hadenfuss eine Schutzmauer provisorisch aufgeführt, die sich über 100 Meter vom oberen Schleusenende an, flussaufwärts zieht.

Aus den Parteien

Der Landesausschuss der Deutschnationalen Volkspartei in Baden hielt am Sonntag in Karlsruhe eine Sitzung ab. Es wurde eine Entschlieung gefaßt, worin die Spengrung der Regierungskoalition bedauert und der Volkspartei und dem Zentrum die Schuld zugeschoben wird. Für weite Gebiete des Reiches außerhalb Badens hätte die Verabschieung des Reichsschulgesetzes die Abstellung des jetzigen unerträglichen Zustandes bedeutet, daß die Schulbildung durch linksgerichtete Landesregierungen mehr und mehr entwertet würde. Was Baden betrifft, so seien die Vertreter der Partei im interfraktionellen Ausschuss der Regierungsparteien für erschiene Sonderberücksichtigung der südwestdeutschen, geschichtlichen Simultananschländer eingetreten. Mit tiefer Beforgnis beobachte der Landesverband der Deutschnationalen Volkspartei Badens die Außenpolitik der letzten Jahre. Zur Frage des Einheitsstaates sagt die Entschlieung, es dürfe darüber die Gesamtfrage deutscher Verfassungsreformen nicht vergessen werden. „Wir setzen uns für alle derartigen Reformen ein, wenn sie eine Einschränkung der zentralisierten Parlamentsherrschaft bringen. Wir arbeiten an einer Vereinfachung des Reiches, namentlich hinsichtlich der kleinen Länder mit, soweit sie nachweisliche nationale Fortschritte bringt. Eine schematische Zertrümmerung des geschichtlich geordneten Reichsaufbaues lehnen wir ab.“ In einer weiteren Entschlieung tritt der Landesausschuss für die Erhaltung der badischen Simultananschule ein. Angesichts der maßgebenden Bestimmung der Reichsverfassung lasse sich ein befriedigendes oder doch tragbares Reichsschulgesetz nur schaffen, wenn dabei die grundlegenden badischen Gesichtspunkte berücksichtigt werden.

In Karlsruhe fand am Montag eine erste Besprechung von Vertretern des „Christlichen Volksdienstes“ und der „Evangelischen Volksgemeinschaft“ zwecks Schaffung einer evangelischen Einheitsfront für die bevorstehenden Wahlen statt. Man denkt an die Schaffung einer evangelischen Liste.

Tagungen

Südwestdeutsche Schifffahrtstagung. Am Samstag fand in Konstanz eine Sitzung der Vertreter der südwestdeutschen und schweizerischen Schifffahrtsverbände statt, in der das Programm für die vom 16. bis 18. Juni stattfindende große gemeinsame Schifffahrtstagung in Friedrichshafen aufgestellt wurde. Als Redner ist ein bekannter Schriftsteller in Aussicht genommen. Außer den Beschäftigten industrieller Anlagen in Friedrichshafen findet am 18. Juni noch eine gemeinsame Dampferfahrt nach Schaffhausen statt.

Weltbund für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Vom 28. bis 29. April tagt in Heidelberg in der Universitätsaula die deutsche Abteilung des Weltbundes für Freundschaftsarbeit der Kirchen. Es finden u. a. Vorträge über die Arbeits- und Minoritätenfrage, sowie über den Stand der Bewegung statt.

Voranschlagsberatung in Forstheim. Der Bürgerausschuss Forstheim begann am Montag nachmittag die Voranschlagsberatung, die vom Oberbürgermeister Gundert mit längeren Ausführungen über die Wirtschaftslage und die Verlangung der Stadt eingeleitet wurde. Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues sind in den Jahren 1924/27 rund 9,4 Millionen M aufgewendet worden. Für das laufende Jahr werden zur Förderung des Wohnungsbaues voraussichtlich 2,7 bis 3 Millionen M zur Verfügung stehen. Im Rahmen des Haushalts spielt naturgemäß die Wohlfahrtspflege eine bedeutende Rolle. Der Haushaltsplan 1928 schießt auf den ordentlichen Etat in Einnahme und Ausgabe mit je 14,4 Millionen M, im Extraordinarium mit je 528 000 M gegen 13,3 Millionen M bzw. 386 000 M im Vorjahre. Als charakteristisches Merkmal tritt uns das Moment der Spararmut entgegen. Andererseits ist der Voranschlag von einem gewissen Optimismus getragen, der auch für 1928 eine relativ günstige Konjunkturlage erhofft. Der Steuerfuß ermäßigt sich beim Grundvermögen für je 100 M Steuerwert von 62 auf 56 Pf., beim Betriebsvermögen von 25 auf 22 Pf., beim Gewerbevermögen von 3,72 auf 3,36 Pf.

15 000 M für das Frankfurter Goethehaus. Das preussische Staatsministerium hat beschlossen, für das Frankfurter Goethehaus den einmaligen Betrag von 15 000 M zu bewilligen.

Aus der Landeshauptstadt

Errichtung öffentlicher Fernsprecheinrichtungen. Um dem allgemeinen Bedürfnis nach öffentlichen Fernsprecheinrichtungen Rechnung zu tragen, hat der Stadtrat Karlsruhe beschlossen, der Post die hierzu erforderlichen Räumlichkeiten zur Verfügung zu stellen. Es sollen zunächst in den Wartehallen der Straßenbahn am Durlacher und Mühlburger Tor und im Zeitungskiosk beim Hotel Germania, ferner im Schlachthof und im Bootshaus im Stadtpark Fernsprecheinrichtungen geschaffen werden. Die Frage der Errichtung einer Fernsprecheinrichtung am Marktplatz wird zur Zeit noch geprüft.

Badisches Landestheater. Sonntag, den 18. März, gelangt zum ersten Male Richard Straußens Oper „Der Rosenkavalier“ neu einstudiert zur Aufführung. Die musikalische Leitung hat Josef Strips und die szenische Leitung Otto Krauß. Die Bühnenbilder sind die gleichen wie die der Aufführungen dieses Werkes vor zwei Jahren und stammen von der Kunstgewerblerin Dorothea Günther, München.

Kurze Nachrichten aus Baden

Heinstetten (Amt Neffrich), 13. März. In der Nähe von Heinstetten wurde Altbürgermeister Ambros Steible, der mit einem Einspännerfahrten eine Fahrt nach Heinstetten unternommen hatte, mit einer klaffenden Kopfverletzung gefunden. Das Pferd hatte das Weite nach Heinstetten genommen. Der Altbürgermeister starb bald darauf. Ob der Unfall auf Zusammenstoß mit einem Auto oder das Scheitern des Pferdes zurückzuführen ist, konnte noch nicht geklärt werden.

D. J. Neuwier (Amt Bühl), 13. März. In Williamsburg (Nordamerika) konnte am 26. Februar Frau Karoline Blum, die aus unserem Ort stammt, und 1864 nach Amerika ausgewandert ist, ihren 100. Geburtstag feiern.

Ludwigschafen, 13. März. Hier wurde ein 17-jähriges Dienstmädchen von zwei französischen Soldaten überfallen und zu bergewaltigen versucht.

Handel und Wirtschaft

Berliner Leihnotierungen

	14. März		13. März	
	Geld	Brief	Geld	Brief
Amsterdam 100 G.	168.15	168.43	168.21	168.55
Kopenhagen 100 Kr.	111.93	112.15	111.99	112.21
Italien . . . 100 L.	22.075	22.115	22.10	22.14
London . . . 1 Pfd.	20.392	20.432	20.397	20.437
New York . . . 1 D.	4.1795	4.1875	4.800	4.1880
Paris . . . 100 Fr.	16.44	16.48	16.44	16.48
Schweiz . . . 100 Fr.	80.46	80.62	80.46	80.62
Wien 100 Schilling	58.85	58.97	58.81	58.97
Prag . . . 100 Kr.	12.385	12.405	12.385	12.405

Rheinische Creditbank Mannheim. Das Jahr 1927 erbrachte einen Reingewinn einschließlich Vortrag von 2.565.481.— RM (i. B. 2.511.182 RM). Der Aufsichtsrat beschloß, der auf den 30. März ds. J. einberufenen Generalversammlung folgende Gewinnverteilung vorzuschlagen: 8 Prozent Dividende 1.920.000.— RM (i. B. 1.920.000.— RM), Abschreibung auf Rücklagen 150.000.— RM (i. B. 150.000.— RM), Delkreder-Reserve 175.000.— RM (i. B. 150.000.— RM), Beamten-

Pensionskasse 75.000.— RM (i. B. 50.000.— RM), Aufsichtsratsgewinnanteile 124.050.— RM (i. B. 120.000.— RM), Vortrag auf neue Rechnung 121.431.— RM (i. B. 121.182.— RM).

Gothaer Lebensversicherungsanstalt a. G. Nach ihrem vorläufigen Geschäftsbericht hat die Bank, die am 9. Juli v. J. ihr hundertjähriges Bestehen feiern konnte, im abgelaufenen Jahre wiederum einen der besten Vorkriegsergebnisse überschreitenden Neuzugang erzielt. Er belief sich auf 11.786 neu abgeschlossene Versicherungen über rund 89 1/2 Millionen Reichsmark Versicherungssumme. Der Versicherungsbestand stieg auf rund 347 Millionen Reichsmark. Die Beitragsentnahme belief sich auf mehr als 17 Millionen Reichsmark. Die Vermögensrechnung wird für Ende 1927 an Aktiven fast 100 Millionen Reichsmark aufweisen, wovon mehr als 62 Millionen Reichsmark in Goldmarkhypotheken, annähernd 4 Millionen Reichsmark in Darlehen an juristische Personen des öffentlichen Rechts, etwa 7 Millionen Reichsmark in Wertpapieren und etwa 7 1/2 Millionen Reichsmark in Bankguthaben bei erstklassigen Großbanken angelegt sind. Der Jahresüberschuß, der sich 1926 auf 4,11 Millionen Reichsmark belief, wird wiederum sehr ansehnlich sein.

Darmstädter und Nationalbank. Die Aufsichtsratsversammlung beschloß, der Generalversammlung vorzuschlagen, von dem sich einschließlich des Vortrages ergebenden Reingewinn von 16.270.553,08 RM (i. B. 20.957.952,09 RM) eine Dividende von 12 Proz. (i. B. 12 Proz.) zu verteilen, dem Pensionsfonds für Beamte 1.000.000 RM (i. B. 1.000.000 RM), der besonderen Reserve 5.000.000 RM (i. B. 10.000.000 RM) zuzuführen und 2.590.553,08 RM (i. B. 2.277.952,09 RM) auf neue Rechnung vorzutragen. Die Reserven erhöhen sich damit nach Genehmigung dieser Vorschläge auf 55.000.000 RM, Kapital und Reserven auf 115.000.000 RM; der Pensionsfonds für Beamte auf 4.000.000 RM, der Vortrag auf 2.590.553,08 RM.

Staubbindemittel Lydtinol, E'

das straßenverbessernde, dem Sprengwasser zuzusetzende Staubbekämpfungsmittel

KALTASPHALT

die sechzigprozentige reine Bitumen-Emulsion für Straßenbehandlung

Nach den von keinem Auslands-patent abhängigen Verfahren von Dr. Lydtin, Karlsruhe, hergestellt Von hervorragenden Fachleuten glänzend begutachtet 161

Alleinhersteller:
ZELLER & GMELIN
Eislingen Fils (Württemberg)

G. BRAUN

(vorm. G. Braunsche Hofbuchdruckerei und Verlag)

G. m. b. H.

KARLSRUHE

Karl - Friedrich - Straße 14

fertigt Drucksachen aller Art für Industrie, Handel, Behörden und Private

Kurze Lieferfristen
Preise mäßig

Schutz der heimischen Pflanzen.

Wir haben Veranlassung, darauf hinzuweisen, daß es nach § 1, 3 und 4 der badischen Verordnung vom 14. Nov. 1927, Schutz der heimischen Pflanzen und Tierwelt u. a. verboten ist, Weidewäpse, insbesondere Weideläpchen, welche wild wachsen, abzupflücken, abzureißen, abzuschneiden, feilzubalten, mitzuführen und zu befördern. Dieses Verbot betrifft insbesondere auch die Fälle, in denen Spaziergänger Weideläpchen mit nach Hause nehmen, um sie zu Hause irgendwo aufzustellen. Die Polizei- und Gendarmerie ist angewiesen, gegen Zuwiderhandelnde Strafverfolgung vorzunehmen. M. 743
Karlsruhe, den 13. März 1928. D. 3. 20
Bad. Bezirksamt - Polizeidirektion.

M. 723. Karlsruhe. Über das Vermögen der Firma „Damenmoden Paul Weiss in Karlsruhe, Kaiserstraße 921“ wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren zur Abwendung des Konkurses eröffnet. Termin zur Verhandlung über den Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf: Dienstag, den 20. März 1928, nachmittags 4 Uhr, vor dem Amtsgericht A 9 hier, Akademiestraße 4, 1. Stock, Zimmer Nr. 34. Der Antrag auf Eröffnung des Vergleichsverfahrens nebst seinen Anlagen und das Ergebnis der Ermittlungen ist auf der Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9 zur Einsicht der Beteiligten aufgelegt. Karlsruhe, 6. März 1928. Geschäftsstelle des Amtsgerichts A 9.

M. 730. Wiesloch. Über das Vermögen der Firma S. Salomon Söhne, Pigargenfabriken in Waldorf, Inhaber: Eduard Salomon, Kaufmann in Waldorf und Josef Salomon II, Kaufmann in Beerfelden, wurde heute nachmittags 5 Uhr das Vergleichsverfahren eröffnet. Als Vertrauensperson zur Prüfung der Verhältnisse der Schuldnerin, zur Überwachung der Geschäftsführung sowie der Ausgaben für die Lebens-

M. 737. Karlsruhe. Im Konkursverfahren über den Nachlaß des Händlers Karl Ludwig Wächter in Wiesloch ist zur Abnahme der Schlussrechnung, zur Erhebung von Einwendungen gegen das Verzeich-

Frühjahrs-Neuheiten
in
Herren-Stoffen

Größte Auswahl Billigste Preise

Leipheimer & Mendel

340

Bekanntmachung.
Ordentliche Mitgliederversammlung für das Jahr 1927

Die diesjährige ordentliche Mitgliederversammlung des Vereins zur Förderung der Innencolonisation in Karlsruhe findet am
Freitag, den 30. März 1928, 6 Uhr abends
im Confortiasaal des Restaurants Moninger in Karlsruhe (Baden) statt.

Tagesordnung:

1. Mitteilungen.
2. Geschäfts- und Rechenschaftsbericht für das Jahr 1927.
3. Entlastung des Vorstandes.
4. Anträge und Wünsche.

Der Vorsitzende:
Dr. Fuhs.

Bezirks-Sparkasse Ulm.
(Öffentliche Verbandssparkasse).

Bilanz auf 31. Dezember 1926.

Vermögen.	RM	Schulden.	RM
1. Kassenbestand	1 728,69	1. Sparteinlagen	85 831,93
2. Guthaben bei Banken	10 103,22	2. Giroeinlagen	3 316,03
3. Darlehen auf Hypothek	28 500,—	3. Aufwertungsstock	6 862,87
4. Darlehen a. Schuldlosen	53 280,—	4. Rücklagen von früheren Jahren	1 540,48
5. Darlehen a. Gemeinden	4 100,—	5. Reingewinn von 1926	2 646,70
6. Einnahmerückstände	2 485,10		
7. Gerätschaften	1,—		
	100 198,01		100 198,01

Ulm, (Amt Oberkirch) den 13. März 1928.

Der Verwaltungsrat:
Bantzer.

führung der Inhaber und ihrer Familie wurde Herr Kaufmann Heinrich Würtwein in Mannheim bestellt. Termin zur Verhandlung über den eingereichten Vergleichsvorschlag wurde bestimmt auf Donnerstag, den 12. April 1928, nachmittags 3 1/2 Uhr, in das Amtsgericht zu Wiesloch, Zimmer 1.

Wiesloch, 12. März 1928.
Geschäftsstelle des Amtsgerichts.

Schönanarbeiten. Die Blechner- und Schieferdeckerarbeiten sowie Wäscheleitung für den Umbau des Aufnahmehauses in Mannheim sind nach den technischen Vorschriften für Bauleistungen vom August 1925 und nach der Verbindungsordnung für Bauleistungen vom Jahre 1926 öffentlich zu vergeben. Pläne und Bedingungen liegen bei der Hochbauhaupteinrichtung 2 Mannheim, Eingang östlicher Sperrdurchgang, zur Einsicht auf. Dasselbst Abgabe der Leistungsverzeichnisse. Angebote sind entsprechend der Aufschrift versehen, bis zum Öffnungstermin am Dienstag, den 20. März, 16 Uhr, an die unterzeichnete Dienststelle einzureichen. Zuschlagsfrist 3 Wochen. Mannheim, den 7. März 1928. Reichsbahnbaudamt 2. M. 703

Freihändiger Forststammholzwertung

des Bad. Forstamts Karlsruhe - Harbt.
Der Termin zur Abgabe von Geboten wird vom 20. auf 22. März 1928 verlegt. M. 742

Freihändiger Nubholz-Wertung.

Bad. Forstamt Forstheim. Montag, 26. März 1928: etwa 3000 fm Tannen und Fichten sowie 250 fm Forststammholz. Nähere Auskünfte und Verzeichnisse kostenfrei durch das Forstamt.

Bruchsal, 1. März 1928.

Güterrechtsregisteramttrag Band III Seite 177. Schmidt, Otto, Hilfsarbeiter in Unterwisheim, und Martha geb. Windel. Vertrag vom 22. Februar 1928. Gütertrennung des BGB.

Bruchsal, 1. März 1928.

Güterrechtsregisteramttrag Band III S. 179. Stricker, Franz Anton, Kaufmann in Odenheim, und Hermine geb. Fittler. Vertrag vom 17. Februar 1928. Gütertrennung des BGB.

Bruchsal, 3. März 1928.

Güterrechtsregisteramttrag Band I Seite 340. Reinbold, Emil, Metzger und Wirt in Schopfheim, und Salomea geb. Schneider. Vertrag vom 18. Januar 1928. Gütertrennung. Schopfheim, den 8. März 1928. Bad. Amtsgericht.

Wolfsch, 1. März 1928.

In das Güterrechtsregisteramt des Amtsgerichts Wolfsch Band II Seite 454 wurde eingetragen: Eugen Schmidt, Wirt in Hausach, und Emma geb. Schmider daselbst. Ehevertrag vom 13. Februar 1928. Errungenschaftsgemeinschaft. Das jetzige und

künftige Einbringen der Frau ist Vorbehaltsgut. Wolfsch, 6. März 1928. Amtsgericht.

Bruchsal, M. 740
Vereinsregisteramttrag Band II Nr. 2 Turnverein Oberrimbach in Oberrimbach.
Bruchsal, 10. März 1928. Amtsgericht I.

Badisches Landestheater
Donnerstag, 15. März 1928
Vollstündige
von Franz
In Szene gesetzt von
Felix Baumbach

Wibert
Dahlen
Brand
Jüngerer Bruder
Graf
Derzog
Rimmler von der Tend
Fauclit
Schulze
Gräfin
Willer
Oberst
Gierl
Anfang 20 Ende 21/2

I. Rang und I. Speerth
5 26

Fr. 16. März: La Traviata.
Sa. 17. März: Sittom.

COLOSSEUM
Waldstraße 16
Telephon 5599

Täglich 8 Uhr
Sonntags 4 u. 8 Uhr

Die große REVUE
Im Flug um die Welt